

Stand: 06.07.2026 14:25:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12691

"Zentrales Online-Portal mit App als digitale Plattform für Jugendbeteiligung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12691 vom 03.07.2026



Antrag

der Abgeordneten **Maximilian Böttl, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Melanie Huml, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zentrales Online-Portal mit App als digitale Plattform für Jugendbeteiligung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Wahrung verfassungsrechtlicher Neutralitätspflichten ein zentrales Online-Portal mit zugehöriger App als digitale Plattform für Jugendbeteiligung in Bayern einzurichten. Ziel ist es, durch niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten folgende Themenfelder zu fördern:

- die politische Partizipation von Jugendlichen in Bayern zu stärken und zu modernisieren,
- die Themen und Anliegen von Jugendlichen in der Demokratie sichtbar zu machen,
- politische Bildung, Mitwirkung und Engagement zu fördern,
- den digitalen Raum nicht extremistischen Kräften mit ihren Desinformationskampagnen zu überlassen, sondern ihn durch eigene demokratische und politische Angebote neben den bisherigen Formaten der Staatsregierung aktiv zu gestalten.

Dabei soll unter Beteiligung des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) und des Bayerischen Jugendrings (BJR) und unter Berücksichtigung bereits vorhandener Strukturen und Angebote insbesondere evaluiert werden, ob und unter welchen Voraussetzungen folgende Hauptfunktionen in einem Angebot gebündelt werden können und welche personellen und finanziellen Ressourcen für eine Umsetzung nötig wären:

- Abstimmungen und Umfragen durch Jugendorganisationen oder autorisierte ehrenamtlich Engagierte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu aktuellen politischen Themen, um Jugendlichen eine digitale Möglichkeit zu eröffnen, ihre Belange in den politischen Diskurs einzubringen,

- Diskussionsräume für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Projektarbeit, auch unter Einbindung regionaler und kommunaler Jugendvertretungen,
- Möglichkeit, eigene Themen und Ideen zur Gestaltung des Rechts einzubringen und sichtbar zu machen,
- Verlinkung auf Qualifizierungsangebote und Unterstützungsstrukturen, etwa Hilfestellungen zur Gründung von Jugendvertretungen sowie Informationen des BJR und seiner Bezirks- und Kreisjugendringe,
- ein zentraler Newsfeed (regional und überregional), der Informationen zu Jugendpolitik, aktuellen Projekten, Aktivitäten des BJR und weiteren Beteiligungsmöglichkeiten bündelt,
- ein Veranstaltungskalender, der Workshops, Jugendtreffen, Beteiligungsformate und lokale Projekte in ganz Bayern übersichtlich darstellt,
- Anbindung an Schulen und Jugendzentren, um Projekte direkt vor Ort einzubinden und Angebote sowie Beteiligungsmöglichkeiten strukturiert in den schulischen und außerschulischen Alltag zu integrieren.

Begründung:

Die digitale Welt ist für junge Menschen längst ein zentraler Bestandteil ihres Alltags. So nutzen laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2023 rund 80 Prozent der Menschen in Deutschland ab 14 Jahren täglich das Internet. Es dient dabei nicht mehr nur der Kommunikation, sondern ist ein sozialer Raum, in dem Freundschaften gepflegt werden, Kontakte geknüpft und ein erheblicher Teil der Freizeit verbracht wird.

Der digitale Raum dient zudem verstärkt der politischen Informationsbeschaffung und Wissensbildung. So beziehen laut der Bertelsmann-Studie How to Sell Democracy Online (Fast) von 2025 74 Prozent der jungen Menschen in Deutschland politische Informationen online über Social Media. Politische Influencer genießen dabei ein höheres Vertrauen als politische Organisationen, Institutionen oder Politiker selbst.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass politische Bildung und Beteiligung dort stattfinden müssen, wo junge Menschen tatsächlich unterwegs sind: leicht zugänglich im Smartphone.

Zugleich belegen Studien, dass zunehmend extremistische Kräfte diesen Raum vereinnahmen, um junge Menschen gezielt anzusprechen. Inhalte mit extremen politischen Positionen begegnen einem Großteil der Jugendlichen regelmäßig. In Bayern zeigen Wahl- und Einstellungsstudien der letzten Jahre zudem, dass ein signifikanter Anteil junger Menschen gegenüber populistischen und extremistischen Angeboten ansprechbar ist, wie z. B. in der U18-Bundestagswahl 2025, durchgeführt vom BJR, deutlich wurde. Diese Entwicklung unterstreicht die Dringlichkeit, den digitalen Raum nicht extremistischen Akteuren zu überlassen, sondern ihn aktiv demokratisch und mit eigenen politischen Inhalten zu gestalten. Die Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund sollte in allen Schritten mitgedacht werden, auch hier mit dem Ziel, Resilienz gegen spezifische extremistische Beeinflussungen zugunsten einer demokratischen Haltung zu stärken.

Mit einer solchen Plattform setzt der Freistaat angesichts dieser Herausforderungen die richtigen Weichen und ein klares Bekenntnis zu unserer Jugend: Die junge Generation und ihre Anliegen werden ernst genommen, ihre Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt, der digitale Raum wird aktiv demokratisch gestaltet und ein kritischer Umgang mit Informationen wird gefördert. Das Portal und die App ermöglichen es, die politische Relevanz von Themen frühzeitig zu erkennen und regionale Unterschiede sichtbar zu machen.